

Dezember 2007

Nuklearer Terror:

Wie real ist die Bedrohung durch einen Terroranschlag mit nuklearen Waffen?



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Gefahr durch Terror nach dem 11. Sept. 2001	4
• Neue Dimensionen des Terrors	4
• Eine Definition von Terrorismus	5
• Gewandelte Strategien des Terrorismus	6
«Die Frage ist nicht, ob, die Frage ist, wann und wo?»	7
• Mögliche Täterkreise sind vorhanden	7
• Nukleare Terroranschläge sind machbar	8
• Herausforderung Non-Proliferations-Verträge	10
• Zur aktuellen Situation im Bereich der Proliferation	11
• Wann droht ein erster Anschlag?	14
• Verheerende Auswirkungen eines Anschlages	14
Eckwerte einer nuklearen Antiterror-Strategie	15
• Die Antiterror-Strategie als Herausforderung für die Staatenwelt	15
• Internationale Antiterror-Koalition ist notwendig	15
<i>Zielsetzungen der Antiterror-Strategie</i>	16
<i>Ächtung des Terrors</i>	16
<i>Der Antiterror-Strategievorschlag</i>	16
<i>Graham T. Allison</i>	
Konkrete Umsetzungen und Massnahmen	17
• Präventionsmassnahmen	17
<i>Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen</i>	17
<i>Verstärkung der Non-Proliferationsbemühungen</i>	17
• Konsequenzen für die Schweiz	17
• Schutzmassnahmen für den Fall des Falles	18
• Aktuell: Uran-Anreicherung für Iran in der Schweiz?	19
Quellen und weiterführende Informationen	19

Vorwort

«Wir müssen die Notwendigkeit berücksichtigen, Länder abzuschrecken, die auf den Gedanken kommen könnten, Nuklear-Terrorismus von ihrem Staatsgebiet aus zu unterstützen.»

Dies schreibt der britische Premierminister Tony Blair im Vorwort zum Weissbuch für die britischen Nuklearstreitkräfte. Seine Aussage zeigt, dass spätestens seit der Attacke auf die beiden Türme des World Trade Center die Frage nach dem Verhältnis von Islamismus und Massenvernichtungswaffen zu einer Schlüsselfrage der internationalen Sicherheitspolitik geworden ist. Nicht nur ist seit 2001 der Beweis erbracht, dass der islamistische Terror vor der Massentötung von Unbeteiligten nicht zurückschreckt, auch die Frage der aktiven oder passiven Komplizenschaft zwischen Staaten und Terrorgruppen im Lichte einer Auseinandersetzung, welche Züge eines «Kampfes der Kulturen resp. Zivilisationen» trägt, ist brandaktuell.

Krieg war einmal die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die westliche Zivilisation hat durch Weiterentwicklung des Kriegsvölkerrechts versucht, ein allgemeines Gebot der Verhältnismässigkeit der Mittel zu etablieren. Mit der islamistischen Legitimation von Selbstmordattentaten verschwand die Zurückhaltung, Kollateralschäden zu minimieren, komplett aus dem Fokus des modernen Terrors: Frauen und Kinder, die zivile Infrastruktur sind Teil des erkannten und angreifbaren Feindes. Tod und Verletzung unbeteiligter Angehöriger der gleichen nationalen, ethnischen und religiösen Angehörigkeit

werden bewusst in Kauf genommen; maximaler Schrecken bei unbeteiligten Opfern lautet die Maxime.

Es wäre heute unverantwortlich, den Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen auszuschliessen. Der amerikanische Investor und Philanthrop Warren Buffet äusserte sich dazu im Jahr 2002 deutlich: «We're going to have something in the way of a major nuclear event in this country. [...] It will happen. Whether it will happen in 10 years or 10 minutes, or 50 years [...]. It's virtually a certainty.»

Unabhängig davon, ob die Voraussage nur für die USA oder andere mögliche Ziele gilt, wird die Wirkung eines solchen Anschlages mit Massenvernichtungswaffen irgendwo auf unserer Welt dramatisch sein. Vorläufig lässt sich nur erahnen, welche gravierenden Folgen die neuartige, kompromisslose Einstellung zur Massengewalt – bis hin zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Unschuldige – für die Stabilität der multinuklearen Welt des 21. Jahrhunderts haben könnte.

Die vorliegende Sicherheitspolitische Information geht der Frage der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von nuklearen Terroranschlägen nach und beschreibt mögliche Gegenstrategien, wie sie von Wissenschaft und Sicherheitspolitik diskutiert werden.



Dr. Günter Heuberger, Präsident

Gefahr durch Terror nach dem 11. September 2001

Neue Dimensionen des Terrors

Die Wörter «Terrorismus», «Terrorist» und «terrorisieren» wurden erstmals im achtzehnten Jahrhundert zur Bezeichnung einer gewaltsamen Regierungsmassnahme verwendet. Im Zusammenhang mit der Französischen Revolution wurde der «Terror des Konvents» von 1793 bis 1794 ausgerufen, als die Regierung alle als konterrevolutionär eingestuft Personen hinrichten oder inhaftieren liess.

In der Folge fand der Terror auch im deutschen Sprachgebrauch Eingang. Im zwanzigsten und einundzwanzigsten Jahrhundert bedeutet «Terrorismus» (von lateinisch terror: «Furcht, Schrecken») primär die Anwendung von Gewalt und angedrohte Gewalt zu politischen Zwecken gegen eine Zielgruppe, die über die direkt betroffenen Opfer hinausgeht. Beispiele dafür sind die Anschläge der RAF in Deutschland, der Roten Brigaden in Italien sowie der baskischen und irischen Untergrundorganisationen während den 70er-Jahren. Diese modernen Formen des Terrorismus haben sich im Spannungsfeld des Kalten Krieges ausgebildet.

Die Selbstmordattentate vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pen-



Terroristischer Anschlag strategischen Ausmasses: World Trade Center, 11. September 2001.

tagon in Washington sowie die Madrider und Londoner Anschläge haben demgegenüber eine neue Dimension des Terrorismus offenbart. Die von religiösen Fanatikern geplanten und ausgeführten Terrorattacken, bei denen mehrere tausend Menschen getötet wurden, legten eine Menschenverachtung an den Tag, wie sie bei solchen Ereignissen noch selten gezeigt wurde.

Mit den Angriffen auf das World Trade Center, Inbegriff und Symbol der wirtschaftlichen Macht der USA und der global vernetzten Weltwirtschaft, sowie auf das Pentagon als Symbol der militärischen Macht der USA hatten die Terroristen zwei Nervenzentren von strategischer Bedeutung mit globaler Ausstrahlungskraft im Visier. Der dritte Anschlag mit einem vierten entführten Flugzeug auf den Amtssitz des amerikanischen Präsidenten missglückte.

Die folgenden, ebenfalls von der Al Qaida verübten Anschläge auf öffentliche Verkehrsträger in westeuropäischen Hauptstädten zeigten den globalen Wirkungsanspruch des Terrornetzes auf. Die Botschaft ist klar: Alle westlichen Staaten, die sich nicht offen von der US-amerikanischen Politik abwenden, sind potenzielle Angriffsziele. In Madrid und London ging es weiter darum, die Verwundbarkeit der westlichen offenen Gesellschaft exemplarisch aufzuzeigen. Diese neuartigen Anschläge haben mit ihrer kolossalen Dimension unter anderem deutlich gemacht, dass Terrorismus nicht mehr als Phänomen betrachtet werden kann, dem sich ein Staat alleine stellen muss, sondern als Phänomen, mit dem sich die gesamte Staatengemeinschaft auseinandersetzen hat.

Nach dem 11. September 2001 prägte die US-Administration den Begriff «Krieg gegen den Terrorismus» (war on terrorism) und legte den Fokus auf eine weltweite Eindämmung und Eliminierung der neuen Formen des Terrors. Die identifizierten Terrornetze und -zellen sollen an der Wurzel gepackt, in ihren Herkunftsländern aktiv diplomatisch, geheimdienst-

US-Zahlen zu Anzahl und Opfern terroristischer Anschläge weltweit

Jahr	Anschläge	Tote	Verwundete	Entführte
2001	355	3295	2283	k.A.
2002	199	725	2013	k.A.
2003	190	307	1593	k.A.
2004	651	1907	6704	710
2005	11 153	14 618	24 761	34 838
2006	14 338	20 498	38 191	15 854

Quelle: U.S. Department of state, patterns of Global terrorism 2002, Washington 2003; U.S. Department of state, patterns of Global terrorism 2003, Washington 2004; U.S. national Counterterrorism Center, a Chronology of significant International terrorism for 2004, Washington 2005; U.S. Department of state, Country Reports on Terrorism 2005, Washington 2006; U.S. Department of state, Country Reports on Terrorism 2006, Washington 2007. Die Zahlen für 2003 wurden später als zu tief gegriffen dargestellt, es hätten noch nicht alle Informationen zur Verfügung gestanden. Die Zahlen von 2005 wurden mit dem Bericht von 2006 nach oben korrigiert. Der sprunghafte Anstieg ist im Wesentlichen auf den Irak-Krieg zurückzuführen. So sind im Jahr 2006 alleine 6630 Anschläge für den Irak und 749 für Afghanistan zu verzeichnen. Die Zahlenreihen sind mit grosser Vorsicht zu interpretieren: Offenbar wurden die Determinanten zur Erfassung der Daten den Ereignissen im Irak angepasst. D.h. im «war on terrorism» werden Gewaltereignisse statistisch nicht als kriegerische, sondern als terroristische erfasst.

lich, polizeilich und militärisch bekämpft, ausgemerzt und entwurzelt werden. Dieser Kampf dauert seitens der USA unvermindert und mit gewaltigem Effort an. Nachhaltige Prävention durch Förderung von wirtschaftlichen und staatlichen Strukturen sind momentan in den Hintergrund gedrängt worden.

Als direkte Folge dieser Anschläge sind die Staatengemeinschaft, die einzelnen Staaten sowie Wirtschaft und Gesellschaft aufgerufen, Massnahmen gegen die in seinen Dimensionen bisher unbekannte Form von Terrorismus zu formulieren und umzusetzen. Dies umso mehr, weil die gesamte freie und demokratische Gesellschaftsordnung, die sich in jahrhundertlangem Ringen als Fundament unseres Staatsverständnisses und unserer liberalen Wirtschaftsordnung ausgebildet hat, ins Fadenkreuz des Terrorismus geraten ist.

Eine Definition von Terrorismus

Eine umfassende Definition von Terrorismus lieferte uns Gustav Däniker vor mehr als zwanzig Jahren. Sie ist unseres Erachtens nach wie vor zutreffend und gültig, bedarf aber einiger Ergänzungen:

«Terrorismus ist die systematische Einschüchterung von Regierungen, Bevölkerungskreisen und ganzen

Völkern mittels punktueller oder sektorieller Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer, ideologischer oder sozialrevolutionärer Ziele und Vorstellungen. Er ist meist indirekte Kampffahrt um Aufsehen, Anerkennung, Legitimation und Macht. Er ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln der Gewalt, sondern eine integrierte Gewaltpolitik, welche sich von der Kompromisslosigkeit und Brutalität des Vorgehens Wirkungen erhofft, die ohne diese vermutlich ausbleiben würden. Er kann deshalb nicht nur von Gruppierungen, Banden und Minderheiten, sondern auch von Staaten gegenüber anderen Staaten und Völkern zur Anwendung gebracht werden.»

Was wir heute erleben, ist die Verschränkung verschiedenster terroristischer Zielsetzungen: Religiöser Fundamentalismus passt sich je nach Ort verschiedenen politischen und sogar sozialrevolutionären Überzeugungen an und wird damit global zum grössten gemeinsamen Nenner des Terrorismus. Seit der Analyse und Definition Dänikers ist zudem die weltweite Medialisierung enorm fortgeschritten. Den Erdball umfassende Nachrichten-Netzwerke und Satelliten-TV-Programme sowie internetbasierte Medien ermöglichen seit der Wende zum 21. Jahrhundert einen verzugslosen Austausch von Nachrichten rund um den Globus, ohne redaktionelle Aufbereitung und Kontrolle. Entsprechend entfalten dokumentierte ter-

roristische Anschläge und Drohungen im Verbund mit der globalen Kommunikation Wirkungen gesamtstrategischen Ausmasses.

Gewandelte Strategien des Terrorismus

Der durch die Auseinandersetzung der beiden Supermächte USA und Sowjetunion und durch die Entkolonialisierung afrikanischer und asiatischer Staaten geprägte Terrorismus der 60er-, 70er- und 80er-Jahre unterscheidet sich in einigen grundlegenden Eigenschaften von der beschriebenen neuen Dimension des Terrorismus.

Terrororganisationen nach altem Muster, die bis heute weiterexistieren, verfolgten und verfolgen nach wie vor konkrete politische Ziele, die sie mit Hilfe der Ausübung von Gewalt zu erreichen hoffen. Anschläge solcher Gruppierungen dienen verschiedenen Zwecken innerhalb der terroristischen Gesamtstrategie. Die Terroristen stellen in Form von Erpressungen und Geiselnahmen konkrete Forderungen oder erzielen in Form von Anschlägen eine in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht materielle Schwächung des angegriffenen Staates. Die psychologische Hauptwirkung eines solchen Anschlages in Form einer kollektiven Verunsicherung der Gesellschaft kann der Terrorismus aber erst mit Hilfe der Medien entfalten. Medien, insbesondere die internetbasierten Medien, berichten landes- und weltweit über die Anschläge und geben meistens ungefiltert Bekennerschreiben und Communiqués der ausführenden Gruppierungen wieder. Damit wird dem Anschlag, der ausführenden Gruppierung und ihrer wie auch immer formulierten Begründung eine derart hohe Verbreitung eingeräumt, dass sie diesen als Erfolg verbuchen kann.

Im modernen Terrorismus stehen die Tötung möglichst vieler Menschen und die schiere materielle Zerstörung im Vordergrund. Dazu bieten sich Anschläge mit Massenvernichtungswaffen geradezu an, da sie die Wirkung im Verhältnis zum Aufwand potenzieren.



*Religiöser Fanatismus gepaart mit Terrorismus:
Al Qaida.*

Durch die Dimension der Schäden oder die Symbolkraft der Objekte wird die gesamte aufgeklärte und freiheitlich-demokratisch organisierte Gesellschaft zum Zielobjekt. Letztlich benutzen aber auch moderne Terroristen die Medien für einen Potenzierungseffekt ihrer Untaten: Live-Bilder der einstürzenden Türme des World Trade Center, des brennenden Pentagons sowie der Opfer und Zerstörung in London und Madrid werden weltweit immer und immer wieder ausgestrahlt und graben sich tief in das Bewusstsein der Beobachter ein. Die Schock- und Lähmungswirkung solcher Bilder auf die Gesellschaft, die Verunsicherung des Einzelnen und ganzer Institutionen, darf nicht unterschätzt werden und ist das Ziel der Urheber. Die propagandistischen Botschaften reichen aber – je nach Radikalisierungsgrad der Gruppierungen – weit darüber hinaus.

Die konsequente Potenzierung der Terroranschläge kann durch den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, insbesondere durch nukleare Waffen, erreicht werden. Neben dem technologisch anspruchsvollen und risikoreichen Einsatz von Nuklearwaffen – es stellen sich hier enorme logistische Probleme der Beschaffung, des Transports und der Anwendung – sind weniger anspruchsvolle, aber in ihrer Wirkung ebenfalls erhebliches Potenzial aufweisende Mittel zu bedenken, die bereits heute zum Kompetenzspektrum der Al Qaida gehören könnten: der Einsatz chemischer,

eventuell sogar biologischer Kampf- und Wirkstoffe (man denke beispielsweise an Dioxinvergiftungen von urbanen Wasserversorgungen o. ä.) oder die Freisetzung nuklearer Strahlung durch Deponierung oder durch Detonation einer «schmutzigen Bombe».

Schmutzige Bombe

Eine sogenannte «schmutzige Bombe» (engl. dirty bomb) besteht nach neuerem Verständnis aus einem konventionellen Sprengsatz, der bei seiner Explosion radioaktives Material in die Umgebung verteilt.

Eine solche Waffe ist somit keine Kernwaffe, da bei der Explosion keine Kernspaltung oder Kernfusion stattfindet. Ebenso wird sie nicht zu den Massenvernichtungswaffen gezählt, da die Schadwirkung in der Kontamination eines Gebietes und der psychologischen Wirkung besteht und nicht darin, eine Vielzahl von Menschen zu töten.

Auch dass Kernkraftwerke zum Ziel von Bombendrohungen, Sabotage oder von anderen Zwischenfällen werden, die mit dem Überwinden von Sicherheitsbarrieren zu tun haben, ist ein weltweit registriertes Phänomen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es dabei zu einer unkontrollierten Ausbreitung von Radioaktivität kommt, schwankt in einem relativ weiten Bereich zwischen geringem und hohem Risiko, und zwar abhängig von der Art des Angriffs, der Anlagenbauweise, den spezifischen Betriebseigenschaften sowie von den zum Zeitpunkt des Anschlags herrschenden Umweltbedingungen.

Bis anhin noch geltende Grenzen der terroristischen Gewalt wurden durch die immense mediale Aufmerksamkeit und die zusätzlich religiös motivierte Legitimierung durch fundamentalistische Geistliche aufgehoben. Die Schreckensszenarien terroristischer Anschläge mit Massenvernichtungswaffen – insbesondere mit Nuklearwaffen – sind heute wahrscheinlicher denn je.

«Die Frage ist nicht, ob, die Frage ist, wann und wo?»

Knapp zwei Wochen nach der Verhaftung dreier islamistischer Terrorverdächtiger im September 2007 hat der deutsche Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vor einem terroristischen Anschlag mit Nuklearwaffen gewarnt. «Viele Fachleute sind inzwischen überzeugt, dass es nur noch darum geht, wann solch ein Anschlag kommt, nicht mehr, ob», sagte Schäuble im Gespräch mit der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung».

Mögliche Täterkreise sind vorhanden

Nicht wenige Beobachter nehmen heute an, dass die Al Qaida, wäre sie am 11. September 2001 im Besitz einer Atombombe gewesen, diese Bombe auch eingesetzt hätte. Das bleibt letztlich Mutmassung: Tatsache ist, dass ein nuklearer Schlag und die damit verbreitete Wirkung durchaus in die Strategie eines fundamentalistisch-religiös motivierten Terrors passen.

In einer 1998 veröffentlichten Erklärung des islamistischen Terroristenführers Usama Bin Ladin hat dieser eine Art «Generallizenz zum Töten» ausgestellt. Bereits die Anschläge auf die US-Botschaften in Afrika zeigten keinerlei Rücksicht auf die unbeteiligten Opfer. Die Zahl der toten Amerikaner stand in keinem Verhältnis zu den afrikanischen Zivilisten. Mit dem Massenmord an Unbeteiligten vom 11. September 2001 machten die ersten 19 Terroristen dann definitiv von dieser Lizenz Gebrauch. Dabei greift der moderne islamistische Terror durchaus auf ältere Ideologien zurück: Hassan al-Banna (1906–1949) war Lehrer und Gründer der Muslimbruderschaft, die sich in den 30er-Jahren politisierte und sich für das Ziel der Rückkehr zum ursprünglichen Islam und der Errichtung einer islamischen Ordnung einsetzte. Al-Banna: «Es liegt in der Natur des Islams, zu herrschen und nicht beherrscht zu werden, seine Gesetze allen Nationen aufzuzwingen und seine Macht über den gesamten Planeten auszuweiten.»

In diesem Sinne erklärte Bin Ladin konsequenterweise auch bereits 1998 das Ziel, nukleare und chemische Waffen «für die höheren Zwecke des Islam» verfügbar zu machen. Bereits im Sommer 2001 sollen denn auch pakistanische Nuklearwissenschaftler Al-Qaida-Chef Usama Bin Ladin in Afghanistan aufgesucht haben. Nach Geheimdiensterkenntnissen wollte er von ihnen damals wissen, wie Atomwaffen hergestellt werden. Die Anschläge vom 11. September und der in der Folge gegen ihn entfachte «war on terrorism» zwangen ihn dann vermutlich vorerst, seine Bemühungen aufzugeben. Bis heute traut noch kein Nuklearexperte Al Qaida zu, die technologischen Herausforderungen beim Bau einer Atombombe zu meistern. Im Vordergrund steht darum sicher die Entwendung bestehender Atomwaffen oder deren illegaler Erwerb. Vorderhand handelt es sich dabei primär um Waffen aus dem Erbe zerfallender Staaten oder dann um die einfachere Vorform: Diebstahl von bereits waffenfähigem Plutonium (infolge gewaltiger Strahlung und letaler Toxizität ein absoluter Albtraum für Lagerung und Verwendung) oder anderen radioaktiven Substanzen für den Bau von schmutzigen Bomben.

Nukleare Terroranschläge sind machbar

Am 11. Oktober 2001 – einen Monat nach den verheerenden Anschlägen auf das World Trade Center – sah sich die US-Regierung mit einer noch schrecklicheren Bedrohung konfrontiert. An besagtem Morgen, während des täglichen nachrichtendienstlichen Briefings des Präsidenten, informierte der CIA-Direktor, dass ein Agent mit dem Code-Namen Dragonfire über eine Atombombe mitten in New York Bescheid wusste. Diese 10-kt-Bombe sei im Besitz der Al Qaida, vermutlich gestohlen aus russischen Beständen. Die CIA hatte zu diesem Zeitpunkt keine unabhängige Bestätigung über diesen Bericht.

Eine genaue Analyse ergab, dass es im Bereich des Möglichen lag. In den folgenden Stunden wurde der Vizepräsident Dick Cheney mit mehreren hundert

Beamten an einen geheimen Ort evakuiert, um die Kontinuität der US-amerikanischen Regierung zu gewährleisten. Gleichzeitig wurden Wissenschaftler und Ingenieure der Nuclear Emergency Support Teams beauftragt, die Waffe in New York zu finden. Weder der Bürgermeister Rudolph Giuliani noch die Zivilbevölkerung wurden informiert, um eine Massenpanik und einen erneuten Börsenabsturz zu verhindern.

Der Dragonfire-Bericht stellte sich bald als falscher Alarm heraus. Dennoch, die Tatsache, dass die Fragen, ob Russland alle ihre Atomwaffen aus Sowjet-Beständen unter Kontrolle hat, ob Al Qaida sich diese Bomben beschaffen könnte und ob Al Qaida die Waffen ohne Wissen der US-Geheimdienste in die USA schmuggeln könnte, zu Ungunsten der USA beantwortet werden mussten, ist erschreckend. Was für die USA gilt, ist auch für Europa Realität.

Auch die Beschaffung von spaltbarem Material ist möglich. Sicherheitsexperten ist es bekannt, dass sich Terroristen seit geraumer Zeit um radioaktives Material zum Bau einer Atombombe bemühen. Das bisherige Ausbleiben eines Anschlages hat auch damit zu tun, dass weder der Erwerb noch die technische Herstellung einfach sind. Im Wesentlichen gibt es drei Wege, die Terroristen oder Staaten beschreiten müssen, um eine funktionstüchtige Nuklearwaffe zu bauen:

- eigene Herstellung des nuklearwaffenfähigen Materials,
- Schmuggel und Diebstahl des spaltbaren Materials oder
- Diebstahl einer funktionstüchtigen Atombombe.

Am Wahrscheinlichsten ist der Diebstahl oder Kauf einer Atombombe auf dem Schwarzmarkt. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass die Arsenale der strategischen Atomwaffen verhältnismäßig einbruchsicher sind. Auch sind diese Waffen mit vielfachen mechanischen und elektronischen Verriegelungssystemen vor einem Missbrauch geschützt. Anders sieht es aber bei taktischen Atomwaffen, wie sie zur Zeit des Kalten Krieges en masse hergestellt wurden, aus.

Niemand weiss heute exakt, wie viele taktische Nuklearwaffen in der damaligen Sowjetunion überhaupt hergestellt und wo sie gelagert wurden. Ihr heutiger Standort ist in vielen Fällen nicht mehr bekannt. 1997 sagte beispielsweise der russische nationale Sicherheitsberater Alexander Lebed in einem Interview, dass der Standort und Verbleib von über hundert sogenannten «Kofferbomben» unbekannt sei. Eine jede dieser Bomben hat eine Sprengkraft von ungefähr 1 kt und kann von einem Mann transportiert und zur Detonation gebracht werden. Einziger Hoffnungsschimmer ist, dass diese taktischen Nuklearwaffen einen technisch aufwendigen Unterhalt benötigen, um den Zündmechanismus intakt zu halten.



Die Druckwelle einer taktischen Atombombe mit 1 kt Sprengkraft hätte zur Folge, dass alle Menschen im Radius von 200 m sofort tot wären. Weiter würden dem Gamma- und Neutronen-Blitz alle Menschen im Radius von 460 m unmittelbar zum Opfer fallen. Die im Umkreis von 1 km betroffene Bevölkerung würde in den darauffolgenden Tagen zur Hälfte an der Strahlenkrankheit sterben. Als Spätfolge sind die Kontaminierung des Gebietes sowie der schwer voraussehbare Fallout zu nennen.

Der Erwerb der Technologie und der Fähigkeiten, hochangereichertes Uran oder waffenfähiges Plutonium herzustellen, sind für die nichtstaatlichen Organisationen schwierig. Wenn aber diese Materialien erst einmal beschafft worden sind (gekauft oder gestohlen), ist die Herstellung der Bombe möglich. Tatsächlich sind detaillierte Anleitungen dafür in der Fachliteratur und im Internet verfügbar.

Viele atomare Anlagen sind gegen Angriffe bestens trainierter und gut ausgerüsteter Selbstmordkommandos nur unzureichend geschützt. Dabei steht auch die zivile Nutzung der Atomenergie im Fokus:

- **Uranerz:** Die Verbreitung von Uranerz im Anfangsstadium des nuklearen Brennstoffkreislaufs markiert – im Rahmen der Terrorgefahr – das geringstmögliche Bedrohungspotenzial, wenn man die beträchtlichen Mengen an Material ins Auge fasst, die unbenutzt an den endgültigen Bestimmungsort für die spätere Anreicherung transportiert werden müssten. Auch der Schmuggel von Uranoxid mit der Absicht, dieses als Ausgangsstoff für ein heimliches Nuklearwaffenprogramm heranzuziehen, würde mehrere hundert Tonnen Material erfordern, um daraus später eine primitive Nuklearbombe zu entwickeln.
- **Atomforschung:** Im Fokus des Interesses stehen auch gross dimensionierte nukleare Wissenschaftszentren, wie zum Beispiel die geheimen Atomstädte innerhalb der früheren Sowjetunion oder auch verschiedene nationale Forschungsstätten in den USA. Sie stellen aus sicherheitspolitischen Überlegungen ein besonderes Problem dar, weil sie als spezifisch ausgewiesene Orte zur wissenschaftlichen Untersuchung – und teilweise auch Erzeugung – von umfangreichen Mengen an hochangereichertem Uran und Plutonium bekannt sind. Aus diesen Gründen sind solche Anlagen der Gefahr ausgesetzt, zum Ziel von Dieben (nukleare Spaltprodukte und stark strahlende Materialien), Saboteuren oder eines bewaffneten terroristischen Überfalls zu werden. In weltweit 345 Forschungsreaktoren befinden sich gegenwärtig rund 20 Tonnen hochangereichertes Uran.
- **Anreicherung, Wiederaufbereitung, Endlagerung:** Was eventuelle terroristische Angriffe betrifft, stellen Anlagen zur Urananreicherung oder Brennstoffherstellung im Allgemeinen ein sehr viel geringeres Risiko für die Öffentlichkeit dar als etwa eine Wiederaufbereitungsanlage, weil es in den beiden erstgenannten Fällen zu einer nur geringen Anreicherung des nuklearen Materials kommt. Anders sieht dies allerdings bei Mischoxid-Brennstoffen (MOX) aus, deren Radiotoxizität signifikant höher liegt als jene von auf

gewöhnlichem Uran basierenden Brennstoffen, und dies vor allem dann, wenn MOX – etwa durch einen terroristischen Anschlag – in der Luft zerstäubt und anschliessend eingeatmet würde.

- **Kernkraftwerke:** Im Jahr 2000 wurden insgesamt neun Bombendrohungen gegen US-amerikanische Kernkraftwerke gerichtet. Waren früher primär Umweltaktivisten die Bedrohung, sind Kernkraftwerke heute auch in den Fokus des islamischen Terrors geraten.

Herausforderung Non-Proliferations-Verträge

Sehr konkret sind die Bemühungen verschiedener Staaten, in den Kreis der Atommächte einzutreten. Der Kampf gegen die weitere Verbreitung von Nuklearwaffen stellt, zusammen mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die grösste Herausforderung für die internationale Staatenwelt dar.

In den frühen sechziger Jahren trieb ein weltpolitischer Albtraum die Kennedy-Regierung um: In ein

oder zwei Dekaden, so befürchtete man, werde es zwanzig bis dreissig Kernwaffenstaaten geben. In einer solchen Welt wäre ein Nuklearkrieg dann nur noch eine Frage der Zeit. Selbst wenn das amerikanisch-sowjetische strategische Verhältnis stabil gehalten werden könne, sei es durchaus vorstellbar, dass die beiden Supermächte durch die eigenmächtigen Aktionen anderer kleiner Atomkräfte in einen «katalytischen Krieg» hineingezogen würden. Dieser Albtraum motivierte die entschlossene Unterstützung der USA für den irischen Vorschlag, einen Nichtverbreitungsvertrag abzuschliessen. Washington konnte Moskau für diese Idee gewinnen. 1970 trat der Vertrag in Kraft.

Der Atomwaffensperrvertrag oder nukleare Nichtverbreitungsvertrag (Non-Proliferation-Treaty NPT) aus dem Jahre 1970 soll bis heute die unkontrollierte Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern. Damit konnte eine von fast allen Staaten anerkannte Nichtverbreitungsnorm festschrieben werden. Daneben enthält der Nichtverbreitungsvertrag die Zusage der damaligen fünf Nuklearmächte zur Abrüstung sowie die Bereitschaft zur Kooperation bei der Nutzung der zivilen Kernenergie.

Proliferation

«Proliferation» ist im Rüstungsbereich die Bezeichnung für die Weiterverbreitung bzw. die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen von Staaten, die über derartige Technologien verfügen, an andere Staaten, die noch nicht darüber verfügen. Die Waffen können komplett sein oder nur die Bauelemente für A-, B- oder C-Waffen. Trägersysteme sind alle solchen, die die Massenvernichtungswaffen an ihren Wirkungsort verbringen oder sie an einem beliebigen Ort zur Wirkung gelangen lassen (Raketen, Granatenhülsen, Zerstäuber).

Die internationale Staatengemeinschaft versucht, Proliferation durch Abkommen und Überwachung einzudämmen (Atomwaffensperrvertrag, Chemiewaffenkonvention). Die Überwachungsmassnahmen werden im Englischen als «Safeguards» bezeichnet.

Seither hat es alle fünf Jahre Überprüfungskonferenzen des Nichtverbreitungsvertrages gegeben. 1995 wurde dieses Treffen als kombinierte Verlängerungs- und Überprüfungskonferenz abgehalten, denn die Vertragsdauer war zunächst auf 25 Jahre befristet. Diese Frist wurde 1995 einvernehmlich aufgehoben. Von den Verlängerungskonferenzen endeten drei (1975, 1985, 2000) mit einem Konsens. 1980, 1990 und 1995 gingen die Parteien jedoch auseinander, ohne sich auf eine Schlusserklärung geeinigt zu haben. 1995 war das noch hinnehmbar, hatten doch die Vertragsparteien dem Entfristungsbeschluss Entschliessungen über «Prinzipien und Ziele», einen «erweiterten Überprüfungsprozess» und über den Mittleren Osten beigegeben, die über den Mangel einer Schlusserklärung mehr als hinwegtrösteten.

Im Jahre 2005 hingegen endete die Überprüfung in einem präzedenzlosen Desaster. War in früheren Fällen die gemeinsame Schlusserklärung knapp an

Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons)

Der Vertrag wurde 1968 beschlossen, trat 1970 in Kraft, nachdem er von 147 Staaten ratifiziert wurde. 1995 wurde er unbegrenzt verlängert. Er soll die Verbreitung (Proliferation) von Atomwaffen verhindern, aber gleichzeitig die friedliche Nutzung der Atomenergie auch für Nicht-Atomkräfte ermöglichen. Der Vertrag definiert «Proliferation» als Herstellung oder Erwerb nuklearer Sprengsätze durch Staaten, die vor dem 1. Januar 1967 keine Atomwaffen erprobt hatten, also alle Staaten ausser den ersten fünf Atomkräften USA (1945), Sowjetunion (1949), Grossbritannien (1952), Frankreich (1960) und China (1964), die damit als offizielle Atomkräfte gelten. Diese verpflichteten sich in dem Vertrag, kein waffenfähiges Nuklearmaterial und keine zum Bau von Atomwaffen verwendbaren Technologien an andere Länder weiterzugeben und selbst abzurüsten. Alle weiteren 183 Länder, die dem Nichtverbreitungsvertrag als Nichtatomwaffenstaaten beigetreten sind, dürfen laut Vertrag ihren Atom-Status nicht verändern.

Einschliesslich der Atomkräfte betreiben derzeit (Stand 10.12.03) 44 Staaten Atomreaktoren. Die Überwachung der Einhaltung des NPT obliegt der IAEA. Das IAEA-Zusatzprotokoll von 1997 ergänzt den Vertrag und ermöglicht effektivere Kontrollen.

einer einzigen Frage gescheitert, so gab es diesmal überhaupt keine Einigung über irgendeine Frage. Mit knapper Not entgingen die Delegierten einem Konferenzende ohne «formalen» Report, das heisst: ohne einen Bericht an die Aussenwelt. Die Vertragsgemeinschaft präsentierte sich als zerstrittenes Amalgam von Staaten und Staatengruppen.

Andere, bilaterale Bemühungen, wie das Nunn-Lugar-Programm (Cooperative Threat Reduction CTR), durch welches die Vereinigten Staaten die Sicherung von waffenfähigem Material in Russland

fördern wollen, leiden unter unzulänglicher finanzieller Unterstützung durch die USA; das Enddatum für die Fertigstellung liegt mit mehr als 10 Jahren in weiter Ferne. Hinzukommt – wie bereits erwähnt – die Problematik, dass keine genauen Zahlen über die taktischen Nuklearwaffen in Russland und in den ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten existieren.

Zur aktuellen Situation im Bereich der Proliferation

Die Proliferation von spaltbarem Material, technischen Instrumenten zur Waffenherstellung sowie der Know-how-Transfer sind ein globales Problem. Das tatsächliche Ausmass der kriminellen, nicht-staatlichen Proliferation ist unbekannt. Aufsehen-erregende Fälle lassen darauf schliessen, dass lediglich die Spitze des Eisbergs ans Tageslicht gelangt: So hat der berühmt-berüchtigte und jetzt in Ungnade gefallene Dr. Khan – Vater der pakistanischen Atombombe – bekanntlich Entwürfe, Zentrifugen und seine Beratungsleistungen in anderen Ländern zu seinem persönlichen Profit verkauft. Ein solcher Transfer findet vermutlich auch in Richtung terroristischer Gruppierungen statt. Aber auch die zwischenstaatliche Proliferation ist weiterhin ein äusserst virulentes Thema.

Iran: Der Konflikt um das iranische Atomprogramm eskaliert, da der 2005 gewählte ultrakonservative Präsident Mahmud Ahmadinejad eine harte, wenig kompromissbereite Linie verfolgt. Iran beharrt auf seinem Recht, im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags die Atomenergie friedlich zu nutzen, wozu aus Sicht Irans auch die Urananreicherung gehört. Diese Technologie bietet aber Iran prinzipiell die Möglichkeit, eigene Atombomben zu bauen, was die Kräfteverhältnisse in Nahost und darüber hinaus drastisch verschieben würde. Besonders Israel wäre betroffen, zumal Ahmadinejad mehrfach das Existenzrecht Israels in Frage gestellt hat. Als Schutzmacht Israels sind die USA als Supermacht unmittelbar in den Konflikt eingebunden.

Aber auch den anderen führenden Mächten, darunter die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und die EU, gilt ein Iran mit Atombomben als ein auf gar keinen Fall hinnehmbares Szenario.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), die über die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags wacht, hatte mehrfach Verstöße Irans festgestellt. Seit jedoch Iran unter internationalen Protesten am 10. Januar 2006 die Siegel der IAEA an atomaren Anlagen aufbrach und die umstrittene Urananreicherung wieder aufnahm, eskalierte der Konflikt erheblich und wurde wiederholt dem Sicherheitsrat vorgelegt, der mittlerweile mit den Resolutionen 1696, 1737 und 1747 vergeblich versucht hat, Iran zur Aufgabe der Urananreicherung zu bewegen: Jedesmal liess Iran das Ultimatum unbeachtet verstreichen und weitete mehrmals die Urananreicherung sogar noch aus.

Internationale Atomenergiebehörde (IAEA)

Die IAEA wurde am 29. Juli 1957 als autonome Organisation der UN gegründet mit dem Ziel, die sichere und friedliche Nutzung der Atomenergie zu fördern. Seit dem Atomwaffensperrvertrag von 1970 soll die IAEA ausserdem den Missbrauch von Atomanlagen und radioaktiven Substanzen für militärische Zwecke verhindern: Sie kontrolliert die Nichtverbreitung von Atomwaffen und beugt der Abzweigung von nuklearen Stoffen sowie der Verbreitung von technischen Geräten oder Anlagen zur Herstellung von Atomwaffen vor.

Die iranische Regierung hat im Frühjahr 2006 die IAEA von der Absicht in Kenntnis gesetzt, bis zum Jahresende 3000 Zentrifugen in Natans zu installieren. Am Ende sollen bis zu 54 000 Zentrifugen für die Urananreicherung zum Einsatz gebracht werden. Die 54 000 Zentrifugen sollen ausreichen, um genügend Uran für den Betrieb eines 1000-Megawatt-Atomreaktors anzureichern. Ein solcher Reaktor wird derzeit im Süden Irans in Bushehr mit russischer Hilfe fertiggestellt.

Im November 2007 gab Präsident Ahmadinejad bekannt, dass die Zahl von 3000 in Betrieb befind-

lichen Zentrifugen, die durchgehend in Betrieb seien, nun erreicht sei. Experten bezeichneten diese Zahl als ausreichend für die Anreicherung von genügend Uran, um in einem Zeitraum von zwischen zehn Monaten und zwei Jahren eine funktionstüchtige Atombombe herzustellen. So schätzte das Londoner International Institute for Strategic Studies Anfang 2007, dass Iran noch zwei bis drei Jahre benötige, um die etwa 25 Kilogramm hochangereichertes Uran zu produzieren, welche für einen Sprengkopf nötig wären. Ein eben veröffentlichter Bericht aller 16 US-Geheimdienste geht davon aus, dass der Iran sein Atombombenprogramm bereits im Jahr 2003 sistierte.



Standorte von bekannten und vermuteten iranischen Atomanlagen.

Nordkorea: Der seit Langem schwelende Konflikt um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm eskalierte, nachdem Nordkorea entgegen internationalen Protesten am 9. Oktober 2006 nach eigenen Angaben eine Atombombe testete. Damit hat ein Staat, der früher den Atomwaffensperrvertrag (NPT) unterzeichnet hatte, diesen gekündigt und dann (angeblich) Atombomben gebaut. Viele Experten befürchteten in der Folge eine nukleare Aufrüstung in Ostasien (Südkorea, Japan, Australien) und darüber hinaus in Nahost (Iran, Saudi-Arabien, Türkei) und Nordafrika (Ägypten,

Algerien). In Japan beispielsweise begann eine Diskussion darüber, ob eine eigene Atombewaffnung angebracht sei. Viele Experten befürchteten daher das Quasi-Ende des Atomwaffensperrvertrags und eine wachsende Verbreitung von Atomwaffen.

Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 14. Oktober 2006 einstimmig die Resolution 1718, die den Atomtest scharf verurteilte und Nordkorea mit Sanktionen (Handels- und Reisebeschränkungen, Einfrieren von Konten) belegte. Das Verhalten Nordkoreas bezeichnete diese Resolution als «Kriegserklärung».

Trotz des zunächst drohenden Scheiterns verliefen die in der Folge anberaumten Sechs-Parteien-Gespräche letztlich erfolgreich und führten am 13. Februar 2007 zu einem neuen Abkommen, in dem sich Nordkorea bereit erklärt hat, sein Atomprogramm schrittweise zu beenden. Auch die weiteren diplomatischen Bemühungen verliefen bisher insgesamt positiv, und es scheint sich im Verlauf des Konflikts um die Atomprogramme Nordkoreas eine friedliche Lösung anzubahnen. Nordkorea hat Anfang Oktober 2007 im Rahmen der Sechs-Länder-Gespräche über ein Ende seines Atomwaffenprogramms zugesichert, bis spätestens Ende 2007 die kerntechnischen Anlagen untauglich zu machen. Die Einrichtungen sollen später zerlegt werden. Auch will Pjöngjang bis Ende dieses Jahres sein gesamtes Nuklearprogramm offenlegen. Im Gegenzug winken dem verarmten Staat umfangreiche Wirtschaftshilfen und Energielieferungen im Wert von mehreren hundert Millionen Dollar.

Pakistan: Pakistan stieg 1998 zur Nuklearmacht auf und soll gegenwärtig über 50 bis 60 Atombomben verfügen. Sie werden von den Streitkräften in geheimen Depots streng bewacht. Es wäre nicht nur für Sicherheitspolitiker in den USA ein Albtraumszenario, wenn Atomwaffen oder grössere Mengen an hochangereichertem Uran den Taliban oder der Al Qaida in die Hände fallen könnten. Die USA üben darum erheblichen Druck auf Pakistan aus, die Sicherheitsvorkehrungen weiter zu verschärfen und die Atomwaffen an

besser gesicherte Orte zu verlegen. Ausserdem stellt Washington technische Ausrüstung für einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung. Damit sollten die Lagerstätten wirksam gegen Eindringlinge geschützt werden. US-Vizeausserminister Richard Armitage drängte den pakistanischen Machthaber Musharraf ausserdem, hohe Geheimdienstler mit Verbindungen zu den Taliban zu entlassen.

Experten sorgen sich heute angesichts der instabilen politischen Verhältnisse in Pakistan dennoch um die Sicherheit der Nuklearwaffen. Sollte es im Militär Pakistans zu einer Spaltung kommen, nützten alle technischen Sicherheitsvorkehrungen nichts. Die Ereignisse im Spätherbst 2007 – Stichworte lauten: Ausnahmezustand, Verfassung ausgesetzt, Verhaftungswellen, gewaltsame Auseinandersetzungen in den an Afghanistan angrenzenden Provinzen – zeigen: Der Machtkampf in Pakistan birgt Gefahren für die ganze Welt. «Pakistan nähert sich in grossen Schritten einer gewaltigen Katastrophe», äusserte sich Oppositionsführerin Benazir Bhutto. «Nur Gott weiss, was passieren würde, bekämen Extremisten volle Kontrolle über die Atommacht Pakistan.»

Insbesondere die zunehmende Fraktionierung der Streitkräfte bereitet Sorgen. Militärs mit Hang zu einem radikalen Islamismus und Beziehungen zu den Taliban haben inzwischen wichtige Schlüsselrollen besetzt. Aktionen im Grenzgebiet zu Afghanistan gegen die Taliban – unter Druck der westlichen Welt – beispielsweise sind bei gewissen pakistanischen Militärs sehr unpopulär. Die Kommandoheit ist längst nicht mehr gewährleistet. Sollte Pakistan politisch auseinanderbrechen, ist davon auszugehen, dass verschiedene Teile der pakistanischen Armee versucht sein werden, das Pfand Atomwaffen-Arsenal in die eigenen Hände zu kriegen. Damit würden sie auf dem internationalen Parkett zwingend zu einem Mitspieler und die westliche Staatenwelt müsste das Gespräch mit ihnen suchen.

Jedoch nicht nur die von den USA unter der «Achse des Bösen» diskreditierten «Schurkenstaaten» streben den Besitz von Atomwaffen an. Angesichts der

enormen Rüstungsanstrengungen Chinas bezüglich Kampfflugzeugen, Mittelstreckenraketen und Expeditionsstreitkräften sind Atomwaffen etwa auch eine Option für **Taiwan**. Lediglich politischer Druck von Washington unterbindet dessen nukleare Aufrüstung. Auch Länder wie **Brasilien, Südkorea, Japan, Ägypten, Türkei und Syrien** haben in der nahen Vergangenheit oder zurzeit mehrfach die nukleare Option in Erwägung gezogen respektive sogar konkrete Schritte in diese Richtung unternommen. So sind sich westliche Sicherheitsexperten einig, dass der israelische Luftangriff vom 6. September dieses Jahres einer syrischen Atomanlage galt, die Ähnlichkeit mit einem Typus von nordkoreanischen Reaktoren hatte. Diese sind imstande, pro Jahr genügend spaltbares Material für den Bau einer Atombombe zu liefern.

Wann droht ein erster Anschlag?

Weshalb es bisher glücklicherweise zu keinem Terror-Einsatz mit Nuklearwaffen kam, kann nur gemutmasst werden.

Neben der naheliegenden These, dass die Zeit oder die Kapazitäten des Terrornetzwerkes bisher zur Herstellung einer entsprechend einsatzfähigen Waffe bis heute nicht ausgereicht hätten, gibt es andere Vermutungen: Al Qaida befürchtet durch den Einsatz einer A-Waffe die Akzeptanz in der arabischen Welt weitgehend zu verlieren. Unter Umständen waren auch die durch den Westen ergriffenen Massnahmen bis heute abschreckend genug – letztlich droht der Verlust der führenden Köpfe des islamischen Terrors, die trotz aller Ideologisierung nicht einfach zu ersetzen wären.

Graham Allison, Gründungsdekan der John F. Kennedy School of Government, Professor of Government an der Harvard University und führender Forscher zum Thema atomarer Terrorismus, schätzt die Chancen, dass es in den nächsten zehn Jahren irgendwo in den Vereinigten Staaten zu einer atomaren Terrorisमतacke kommen wird, als wahrscheinlicher ein, als dass keine stattfinden wird. Dies vor allem, wenn die der-

zeitige US-Politik weiterverfolgt wird. Wahrscheinlich würden die Vereinigten Staaten auch nicht das einzige Ziel eines solchen Angriffs sein. Einige enge Verbündete (Grossbritannien und Israel) und einige der übrigen Verbündeten (einschliesslich Australien und Saudiarabien) sind ebenso exponiert. Sie unterstützen mehr oder weniger die Politik der USA, durch welche sie ins Visier von Terror-Gruppierungen wie Al Qaida oder quasi-staatlichen Organisationen mit eigenem Gewaltpotenzial wie die Hisbollah gebracht werden können. Auch Staaten, die nicht energisch genug gegen das Vorgehen der Bush-Administration opponieren, könnten ins Visier der Terroristen gelangen. Dazu gehört durchaus auch Deutschland, wo sich Truppenübungsplätze, Militärhospitäler und andere Einrichtungen der USA befinden.

Natürlich sind terroristische Angriffe auf die USA, auf Grossbritannien und andere Staaten seit dem 11. September 2001 ungleich schwerer geworden. Zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen sind seit den Anschlägen in Kraft getreten. Diese Tatsache rückt allerdings andererseits die gesamte westliche Welt näher in den Fokus der Terroristen. Denn grundsätzlich spielt es nur noch eine geringe Rolle, wo angegriffen wird: Die Wirkung wird so oder so global verheerend sein. Selbst bisher bezüglich der US-Aussenpolitik eher zurückhaltend bis kritisch eingestellte westliche Länder sind deshalb heute potentielle Ziele geworden, denn symbolisch zählen auch sie zum verhassten Westen.

Verheerende Auswirkungen eines Anschlages

Ein Anschlag mit Massenvernichtungs- und damit insbesondere mit Nuklearwaffen würde sich nicht mehr in die Reihe bisheriger Attentate gegen die westliche Zivilgesellschaft einordnen lassen. Die Dimension wäre eine andere. Bei einem erfolgreich durchgeführten Anschlag auf eine Stadt als Knotenpunkt für Verkehr und Kommunikation wäre – abgesehen von den Opferzahlen – mit einem kaum überwindbaren Desaster für Gesellschaft und Wirtschaft

zu rechnen. Kurzfristig wären grosse Flüchtlingsbewegungen aus den kontaminierten Gebieten, Versorgungsengpässe und Nahrungsmangel aufgrund der fehlenden Logistik und Telekommunikation, partielle Zusammenbrüche des Gesundheitswesens und anderes mehr direkte Folgen. Dass die staatlichen Instanzen in einer solchen Situation zunächst weitgehend handlungsunfähig wären, ist anzunehmen, besonders wenn solche Szenarien nicht regelmässig geübt werden.

Langfristig wären nach einem erfolgreich durchgeführten Atomanschlag wohl die offene Gesellschaft, damit ein Stück weit auch unsere westlich demokratische Rechtsordnung gefährdet. Aufgrund des Schocks stünden Tür und Tor offen für extreme politische Positionen. Die totale Überwachung der Bevölkerung, die hermetische Abriegelung der eigenen Grenzen sowie Vergeltungsaktionen gegen vermutliche Verbündete der Terroristen könnten direkte oder indirekte Folgen eines nuklearen Anschlags sein.

Eckwerte einer nuklearen Antiterror-Strategie

Die Antiterror-Strategie als Herausforderung für die Staatenwelt

Obwohl der Terrorismus die Gesellschaft als Ganzes bedroht und Staat, Wirtschaft und Private gleichermaßen zu seiner Zielscheibe werden können, ist seine Bekämpfung in erster Linie eine Aufgabe jedes einzelnen Staates, vor allem aber der ganzen Staatenwelt. Allerdings stösst die Staatengemeinschaft hier auf einen Gegner, der in Zukunft eher potenter und operabler werden wird, weil er von Staaten und militanten Organisationen unterstützt wird, die sich staatliche Gewalt und Kompetenz anmassen. Die Dimension dieser Gefahr versetzt die Welt in einen anderen strategischen Aggregatzustand: Es entsteht vom Trend her ein internationaler Kleinkrieg, der nur dann eingedämmt werden kann, wenn die verschiedenen Akteure die Nutzlosigkeit ihrer Angriffe erkennen.

Die Schwierigkeit besteht darin, dass potenzielle Attentäter so lange nicht wissen, dass keine Chance besteht, den angegriffenen Westen und seine Politik mittels Erpressungen oder mittels grenzenlosem Schrecken derart in die Knie zu zwingen, als sie die Probe aufs Exempel nicht gemacht haben. Dem Terrorismus ist aufgrund dieses Kulturkampf-Ansatzes darum auch nur mit einem umfassend konzipierten Einsatz aller geeigneten Kräfte

der Einzelstaaten und der ganzen Staatenwelt entgegenzutreten: Die Welt braucht eine Antiterror-Strategie.

Jeder Staat muss in erster Linie eine bedingungslos harte Haltung gegenüber dem Terrorismus einnehmen. Es darf nicht sein, dass sich die Tötung unschuldiger Menschen seitens der Terroristen auf irgendeine Weise lohnen könnte; sei es, indem es ihnen gelingt, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu destabilisieren, oder sei es, indem auf irgendwelche Forderungen eingegangen wird.

Jeder einzelne Staat muss eigene Massnahmen gegen den Terrorismus treffen, um Gesellschaft, Wirtschaft und sich selbst vor Attacken zu schützen; er wird aber kaum Aussicht auf Erfolg haben, wenn er sich allein auf autonome Abwehrmassnahmen beschränkt: Es braucht den Einsatz der internationalen Politik und Staatengemeinschaft. Der neue sicherheitspolitische Ansatz der Schweiz – Sicherheitskooperation im In- und Ausland – ist deshalb auch mit Blick auf die globale Antiterror-Strategie hundertprozentig richtig.

Internationale Antiterror-Koalition ist notwendig

Der Kampf gegen den Terrorismus kann nicht die Sache eines einzelnen Staates sein. Es braucht das ko-

ordinierte und im Konsens abgestimmte Vorgehen der Staatengemeinschaft.

Zielsetzungen der Antiterror-Strategie

Eine derartige Koalition hätte innerhalb des eigenen Staatsgebietes sowie gegen aussen eine Reihe von Massnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen:

- im eigenen Staatsgebiet Anschläge zu verhindern, terroristische Gruppen und deren Hintermänner auszuheben sowie ihr logistisches Netz unschädlich zu machen und ihre Finanzströme zu unterbinden;
- Staaten, die den Terrorismus fördern, unterstützen oder in irgendeiner Weise Terroristen Unterschlupf gewähren, zu isolieren, zu ächten und deren Verantwortliche wenn immer möglich im Rahmen internationaler Gerichtshöfe zur Rechenschaft zu ziehen;
- speziell im Bereich der Non-Proliferation die Bemühungen und Kontrollen entscheidend zu verstärken und zu verschärfen;
- als längerfristige Massnahme das Übel gewissermassen an der Wurzel zu packen, indem dem Terrorismus durch die Verbreitung des aufgeklärten, freiheitlich-demokratischen Gedankengutes sein Nährboden entzogen wird.

Ächtung des Terrors

- Eine solche deklarierte «Antiterror-Koalition» könnte mit der politisch-psychologischen Ausstrahlung ihrer Botschaften auf verschiedenartiges Zielpublikum eine breite und diversifizierte Wirkung entfalten.
- Der Bevölkerung kann gezeigt werden, dass man den Kampf nicht nur aufgenommen hat, sondern auch innerhalb einer eigentlichen Antiterror-Koalition und unter Berücksichtigung der durch die individuelle Freiheit und die von den rechtstaatlichen Grundsätzen gezogenen Grenzen zu führen bereit ist.
- Den Gast- und Unterstützungsländern von Terroristen wird signalisiert, dass die angegriffenen Staaten Hilfeleistungen in Form von Gewährung von Unterschlupf oder materieller Hilfe nicht tolerieren.
- Den Terroristen wird klar gemacht, dass ihr Weg je länger, je weniger gangbar ist. Sie sollen daraus ab-

leiten können, dass der Weg des Terrors in keiner seiner Verzweigungen zum Ziel führen wird.

Der Antiterror-Strategievorschlagn Graham T. Allison

No Lose Nukes: Es muss einen internationalen Standard zur Sicherung der Lager der vorhandenen Atomwaffen geben, der weltweit, insbesondere in Russland, durchgesetzt wird. Wie Graham Allison betont, büssen die Vereinigten Staaten beispielsweise kein Gold aus ihrem Tresor in Fort Knox ein. Das heisst: Die Staatengemeinschaft verfügt längst über die Technologien zur Sicherung von existenzwichtigen Gütern. Das trifft auch für Atomwaffen zu. Allerdings fehlt der absolute Wille, diese Sicherungsstandards weltweit durchzusetzen.

No New Nascent Nukes: Es dürfen keine neuen Atomwaffen mehr entstehen oder entwickelt werden; die Non-Proliferation respektive der entsprechende Vertrag und seine Kontrollen müssen weltweit konsequent und überall durchgesetzt werden. Diese Forderung umfasst auch die Unterbindung der Fähigkeit, Uran anzureichern oder Plutonium herzustellen.

No New Nuclear Weapons States: Es dürfen keine neuen Atomkräfte dazukommen. In den Fällen von Israel (vermutlich), Südafrika, Pakistan und Indien ist die Non-Proliferation bereits misslungen. Nordkorea und der Iran müssen deshalb heute gestoppt werden – gelingt Iran der Eintritt in den Kreis der Atomwaffenkräfte, ist der Non-Proliferationsvertrag Makulatur.

Allison geht letztlich davon aus, dass Terrorismus – im Speziellen der nukleare Terrorismus – absolut verhindert werden kann («Nuclear terrorism is in fact preventable»). So sehr es das Ziel sein muss, Terroristen den Besitz von nuklearen Waffen (wie auch B- und C-Waffen) zu verwehren, steht sein optimistischer Ansatz doch für eine Denkrichtung, die zu fatalen Fehleinschätzungen führen könnte: Hundertprozentige Sicherheit kann es eben nicht geben, der 11. September 2001 hat dies mehr als deutlich gezeigt.

Konkrete Umsetzungen und Massnahmen

Präventionsmassnahmen

Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen

Durch nukleare Abrüstung muss erreicht werden, dass die immer noch enormen Bestände weiter verringert werden. Zurzeit existieren verschiedene Programme (Cooperative Threat Reduction), um zumindest den Abbau von Überschüssen zu erreichen.

Auch weitere Massnahmen der Rüstungskontrolle und Non-Proliferation zählen dazu: Verträge und Konventionen verstärken laufend die internationalen Normen in Bezug auf den Einsatz und die Abrüstung von Nuklearwaffen. Langfristig muss aber international eine verbindliche Verpflichtung erreicht werden, um ernsthaft auf die Abschaffung aller Atomwaffen hinzuarbeiten. Mit der verstärkten Proliferation und stets neuen Atommächten steuern wir aber zurzeit in eine andere Richtung. Und solange das der Fall ist, steigt auch die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes – sei es von staatlicher oder von nicht-staatlicher Seite – von Nuklearwaffen.

Verstärkung der Non-Proliferationsbemühungen

Solange nuklearwaffenfähiges Material in grossen Mengen vorhanden ist, besteht immer die Gefahr, dass es in unbefugte Hände gelangen könnte. Massnahmen, die Diebstahl und Schmuggel von spaltbarem Material verhindern, sollten an erster Stelle stehen. Hier ist eine vorbeugende Kontrolle wesentlich leichter und effektiver, als wenn das Material bereits auf den schwarzen Markt gelangt ist.

Alle Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages sind einzuhalten. Bestimmungen, welche die nukleare Sicherheit im Bereich Lagerung und Transport erhöhen, sind neu festzulegen, laufend zu verschärfen und konsequent international zu überwachen.

Sollte Nuklearmaterial ausserhalb gesicherter Lager gelangt sein, so können Detektoren und Messgeräte radioaktives Material aufspüren: Container sind heute

weltweit das Transportmittel Nummer eins. Diese eignen sich wie kein anderes Mittel zur Verbreitung und zum Transport von illegaler Ware. Angesichts hoher Umschlagzahlen bei Containern muss die Containersicherheit verstärkt werden. Technisch möglich ist dies mit Detektoren bei den Umschlagplätzen. Bereits heute werden an allen internationalen Flughäfen der USA und Grossbritanniens solche Detektoren eingesetzt.

Konsequenzen für die Schweiz

Das Szenario eines terroristischen Anschlages mit einer Nuklearwaffe ist sicherlich zurzeit auch aus Sicht der Schweiz als gefährlichste Möglichkeit einzustufen. Entsprechend sind auf Stufe Bund Massnahmen zu treffen. Richtigerweise wird im Sipol B 2000 bereits auf die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen eingegangen. Auch auf die Möglichkeit, dass terroristische Organisationen in den Besitz von solchen Waffen gelangen, wird erwähnt:

Besonders bedrohlich ist die immer weniger auszuschliessende Möglichkeit, dass Massenvernichtungswaffen der staatlichen Kontrolle entgleiten und in die Hände terroristischer Gruppen gelangen könnten.
SIPOL B 2000, S.17.

Was jedoch gänzlich fehlt, sind entsprechende Erkenntnisse und Konsequenzen abseits der internationalen Verträge und Konventionen: Aus der Aussage, dass Nuklearwaffen im Besitz von fundamentalistischen Terroristen sein könnten, muss logischerweise die Erkenntnis folgen, dass auch ein Anschlag auf ein Ballungszentrum in der Schweiz grundsätzlich möglich ist. In Bezug auf die Schweiz weiter von Bedeutung ist, dass der neue Terrorismus für Kernkraftwerke eine weitaus ernstere Bedrohung darstellt als bisher. Jedes Kernkraftwerk weltweit ist derselben Bedrohung ausgesetzt, da terroristische Gruppen und deren Waffen jederzeit auch aus dem Ausland einsickern könnten. Schon ein einziger erfolgreich verübter Anschlag auf ein

Kernkraftwerk oder eine andere nukleare Einrichtung würde sich unmittelbar – und weltweit – auf alle anderen vergleichbaren Anlagen auswirken. In gewisser Weise sind damit sämtliche Nukleareinrichtungen untrennbar mit den Sicherheitsvorkehrungen aller anderen Anlagen verbunden respektive von ihnen abhängig.

Konkrete Analyse, Erkenntnisse und Handlungsmaximen respektive Massnahmen zum Thema fehlen weitgehend: Für die Schweiz beschränken sich die möglichen Vorkehrungen auf passive Abwehrmassnahmen. Damit drückt sich der Bericht aber vor konkreten Bewertungen, Einschätzungen und Massnahmen im Bereich der Terrorabwehr. Der Bericht – entstanden noch vor den Anschlägen auf das World Trade Center im Jahr 2001 – ist eigentlich seit Längerem überholt und müsste dringend aktualisiert werden. Dazu ist denn auch ein Postulat (05.3648 Rutschmann) bezüglich der Aktualisierung des SIPOL B aufgrund neuester Entwicklungen im Bereich Terrorismus hängig.

Schweizer Konsequenzen sind sicher primär in den bereits erwähnten Bereichen der international koordinierten Prävention zu suchen: Die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik hat aktive Beiträge zur Non-Proliferation zu leisten.

Allerdings reichen aussenpolitische Anstrengungen alleine nicht aus, um dem Terror vorzubeugen:

- Die Schweizer Nachrichtendienste haben seit der Fichenaffäre stark an Vertrauen eingebüsst. Die Stimmen zur besseren öffentlichen Kontrolle der Nachrichtendienste werden immer wieder laut. Dabei geht vergessen, wie wichtig die Geheimhaltung ist, um von Diensten anderer Länder mit Nachrichten versorgt zu werden. Den Schweizer Nachrichtendiensten muss auch in Zukunft eine professionelle und diskrete Arbeit ermöglicht werden.
- Dies betrifft ebenso die innere Sicherheit: Aus politisch an sich nachvollziehbaren Spargründen sind die kantonalen Polizeikörper unterdotiert. Entsprechend werden Überstunden angehäuft, was zu einer Überlastung der Polizeikräfte führt – mit Konsequenzen für die Sicherheit in allen Bereichen.

- Auch die Schaffung einer handlungsfähigen Bundespolizei mit entsprechenden Kompetenzen ist noch immer ausstehend und wird von linker Seite vehement bekämpft. Ein ähnliches Bild bietet sich beim Grenzwachtkorps.
- Es ist wiederum die alte liberale Forderung, die hier angebracht ist: Die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel müssen an der Front investiert werden und nicht in den aufgeblähten Administrationsapparat.
- Entsprechend sind auf Stufe Bund auch Massnahmen zu treffen, die im Falle des Worst Case einen Fortbestand der Führung dieses Landes ermöglichen und zugleich die Handlungsfähigkeit bei der Soforthilfe sicherstellen. Krisenstäbe sind zu schulen und zu beüben.
- Die Absicht, die Schutzraumspflicht für Neubauten aufzuheben, ist angesichts der wachsenden Bedrohung durch Terrorattacken mit Massenvernichtungswaffen dringend zu überdenken. Noch ist die Schweizer Bevölkerung dank der Zivilschutzanstrengungen während des Kalten Krieges vergleichsweise sehr gut geschützt, sollte tatsächlich ein nuklearer Anschlag in der Schweiz oder im nahen Ausland stattfinden.

Schutzmassnahmen für den Fall des Falles

Sollte tatsächlich trotz umfangreicher Vorsorgemassnahmen Nuklearmaterial freigesetzt werden, ist ein funktionierendes und effektives Katastrophen-Management auf Stufe Bund und Kantone nötig.

Dazu benötigt man eingeübte Krisenstäbe, ausgebildetes Personal, die richtige Ausrüstung, erprobte Organisationsverfahren und ausreichend verfügbare Schutzräume. Es ist davon auszugehen, dass bei einem terroristischen Angriff mit einer Atombombe keine Vorwarnzeit besteht. Das Aufsuchen der Schutzräume wäre für die Menschen in der Detonations- und Kontaminationszone zwar nicht mehr möglich. Aber weitere Kreise der Bevölkerung könnten so zumindest vor dem radioaktiven Fallout bewahrt werden. Grundsätzlich steht jedem Schweizer ein Platz in einem Schutzraum zur Verfügung.

Im Fall der geschilderten terroristischen Bedrohung erfüllen die oft kritisierten Schutzräume ihre Pflicht.

Aktuell: Uran-Anreicherung für Iran in der Schweiz?

Mitte November 2007 geisterte die Idee des saudi-arabischen Aussenministers durch die Medien, das iranische Uran in einem neutralen Land anreichern zu lassen. Der Vorschlag ist allemal interessant. Mit der Anreicherung des Urans im (neutralen) Ausland könnte sichergestellt werden, dass der Iran das spaltbare Material lediglich zu zivilen Zwecken braucht. Für den Iran wäre es so auch möglich, trotz Zugeständnissen weiterhin das Gesicht zu wahren.

Zu denken gibt jedoch die Hinhaltetaktik, die der Iran bisher verfolgt. Ist dies nur ein weiterer Schachzug, um

die diplomatischen Verhandlungen in die Länge zu ziehen und schliesslich die Welt vor vollendete Tatsachen – in Form eines Atombombentests – zu stellen? Diese Frage, ebenso wie die Akzeptanz der USA und der EU, muss geklärt werden, bevor wieder einzelne Mitglieder des Bundrates in Gutmenschen-Manier und auf Eigeninitiative vorpreschen. Sicher ist, dass der Widerstand von Gegnern der Kernkraft in der Schweiz enorm wäre und eine Realisierung vermutlich Jahrzehnte in Anspruch nehmen würde.

Insgesamt ist das Thema nuklearer Terroreinsatz ernst zu nehmen – auch aus Sicht eines neutralen Kleinstaates inmitten Europas. Selber Zielobjekt zu sein, kann nie ganz ausgeschlossen werden. Sodann gilt, dass die Ächtung des Terrors und die Prävention gegen Terror, speziell in Bezug auf nukleare Anschläge, eine internationale Verbundaufgabe ist. Schweizer Beiträge dazu sind richtig, nötig und sinnvoll.

Quellen und weiterführende Informationen

Monographien:

- Allison, Graham T., Nuclear terrorism: the ultimate preventable catastrophe, New York 2004.
- Allison, Graham T., Nuclear proliferation: risk and responsibility, Washington D.C. 2006.
- Däniker, Gustav, Terrorismus: Ursachen, Gefahren, Bekämpfung; Vorträge, gehalten an der Fachtagung vom 9. und 10. Mai 1983 in Muri bei Bern, Bern 1983.
- Däniker, Gustav, Antiterror Strategie, Fakten – Folgerungen – Forderungen: Neue Wege der Terroristenbekämpfung, Frauenfeld 1978.
- Egger, Emmanuel, Auswirkungen eines radiologischen Terroranschlags, Spiez 2004.
- Nunn, Sam, Managing the global nuclear materials threat: policy recommendations, a report of the CSIS Project on Global Nuclear Materials Management, Washington D.C. 2000.

Zeitungen und Zeitschriften:

- IAP-Dienst Sicherheitspolitik, «Anti-Terror-Konzepte der EU», Nr. 8, 2007.

- Mittelland Zeitung, «Mit Bomben gegen die Atombombe», 28. 10. 2007.
- NZZ, «Nuklearer Albtraum», 4. 3. 2007.
- NZZ, «Islamisten und Massenvernichtungswaffen», 11. 10. 2007.
- NZZ, «Teheraner Freitagsgebet zum Atomprogramm», 19. 11. 2007.

Internet:

- James Martin Center for Nonproliferation Studies: <http://cns.miis.edu>
- Labor Spiez: www.labor-spiez.ch und insbesondere der Artikel von Anet, Bernard, Terrorismus: Stehen wir vor der letzten Stufe, dem Nuklearterrorismus?: www.labor-spiez.ch/de/dok/di/dedokditr.htm
- Nuclear Control Institute: www.nci.org
- Nuclear Threat Initiative: www.nti.org
- The Nuclear Weapon Archive: www.nuclearweaponarchive.org
- Wisconsin Project on nuclear arms control: www.wisconsinproject.org



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. www.vsww.ch), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

Unsere Publikationen

finden Sie unter: www.vsww.ch

Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,
Postfach 65, 8024 Zürich

Internet: www.vsww.ch

Telefon: 044 266 67 67 oder Fax: 044 266 67 00

Postkonto 80-500-4; Credit Suisse Zürich,
Konto-Nr. 468809-01

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!